

Menschenwürdiges Wohnen

Das Internationale Jahr zur Beschaffung von Unterkünften für Obdachlose

ARCOT RAMACHANDRAN



Aufzuzeigen, »wie die Unterkünfte und Wohnviertel der Armen und Benachteiligten bis zum Jahr 2000 verbessert werden können«, hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 37/221 vom 20. Dezember 1982, mit der sie das Jahr 1987 förmlich zum *Internationalen Jahr zur Beschaffung von Unterkünften für Obdachlose* (International Year of Shelter for the Homeless, IYSH) erklärte, als Ziel dieses Jahres bestimmt. Insbesondere geht es dabei um die Entwicklungsländer, in denen sich die Probleme von Wohnungslosigkeit und unzureichender Unterkunft mit besonderem Nachdruck stellen. So war denn auch die Anregung für dieses Internationale Jahr aus der Dritten Welt gekommen: der Premierminister Sri Lankas, Ranasinghe Premadasa, hatte den Vorschlag am 29. September 1980 der 35. Generalversammlung unterbreitet. Am 12. Oktober 1987, als die 42. Tagung dieses UN-Hauptorgans dem Internationalen Jahr zwei Sitzungen widmete, rief er zur Schaffung einer »neuen internationalen Raumordnung« auf.

Die Ausgangslage

Die Verkündung des Internationalen Jahres zur Beschaffung von Unterkünften für Obdachlose erfolgte in einer für die Entwicklungsländer schweren Zeit. Für die Regierungen wie auch für die internationale Gemeinschaft insgesamt stellt das sich nunmehr zum Ende neigende Jahr eine Herausforderung dar, die gegenwärtigen Tendenzen der Verschlechterung hinsichtlich der Versorgung der Armen und Benachteiligten mit Unterkünften und öffentlichen Einrichtungen zum Positiven zu wenden. Doch sind die Entwicklungsländer gegenwärtig mit einer ungeheuerlichen Kombination von Herausforderungen und Spannungen konfrontiert. Faktoren wie die noch nie dagewesene Verstärkung, eine ungünstige Weltwirtschaftslage, die Stagnation des Bruttoinlandsprodukts, die galoppierende Inflation, das phänomenale Bevölkerungswachstum, der neue Höhen erklimmende Stand der Arbeitslosigkeit, die einschneidenden finanziellen Zwänge und das überaus hohe Niveau der Auslandsverschuldung wirken sich in vielen Ländern ernsthaft und nachteilig auf die Entwicklungsprogramme und -strategien, aber auch auf die politische und gesellschaftliche Stabilität aus. Unter diesen Rahmenbedingungen müssen die Strategien, Politiken, Programme und Zielsetzungen der einzelnen Länder für die Realisierung der Vorstellungen des Internationalen Obdachlosensjahres formuliert werden.

Eine »angemessene Unterkunft« muß mehr sein als nur vier Wände und ein Dach: Die angemessene Unterkunft schließt zumindest die Rechtssicherheit des Wohnverhältnisses als Mieter oder Nutzer und einen hinreichenden Zugang zu Infrastruktur

und grundlegenden öffentlichen Diensten mit ein. Schätzungsweise eine Milliarde Menschen sind heute entweder buchstäblich obdachlos, oder aber sie leben in extrem schlechten Unterkünften und ungesunder Umgebung. Die meisten von ihnen befinden sich in Entwicklungsländern, wo in einigen der großen Städte mehr als ein Drittel der Bewohner in Slums und in Spontansiedlungen, für die sie keine Rechtstitel haben, hausen.

1985 betrug die Bevölkerungszahl der weniger entwickelten Regionen der Welt 3,6 Milliarden; für das Jahr 2000 wird ein Anstieg auf 4,8 Milliarden Menschen erwartet. Acht von zehn Menschen leben dann in den heutigen Entwicklungsländern, und zwei Drittel des Bevölkerungszuwachses wird sich in den Städten ereignen. Falls die gegenwärtigen Tendenzen anhalten, werden im Jahre 2000 44vH der Stadtbevölkerung der Entwicklungsländer in Städten mit über einer Million Einwohnern leben. 18 der 22 prognostizierten »Megastädte« — das sind Städte mit mehr als zehn Millionen Einwohnern — werden zur Jahrtausendwende in der Dritten Welt liegen. Obwohl der Anteil der Landbevölkerung an der Gesamtbevölkerung der einzelnen Länder rückläufig sein wird, werden dennoch die absoluten Zahlen der im ländlichen Raum lebenden Menschen beträchtlich bleiben.

Zur Zeit geht eine dramatische Standortverlagerung der Armut vor sich: Traditionell wurde Armut mit den ländlichen Gebieten in Verbindung gebracht — so befanden sich 1980 etwa zwei Drittel der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Haushalte auf dem Land —, im Jahre 2000 aber wird man mehr als die Hälfte der Armen in den städtischen Agglomerationen finden.

Autoren dieser Ausgabe

Rolf Böhme, Dipl.-Ingenieur, geb. 1917, 1956–1982 beim Institut für Angewandte Geodäsie in Frankfurt a. M. tätig, zuletzt Wissenschaftlicher Direktor, ist seit 1977 Mitglied der UN-Sachverständigengruppe für geographische Namen.

Dr. Klaus Hüfner, geb. 1939, Professor am Institut für Wirtschaftspolitik der Freien Universität Berlin, ist Koordinator der Forschungsstelle der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen.

Dr. Jonathan Mann, geb. 1947, ist Direktor des AIDS-Sonderprogramms der Weltgesundheitsorganisation (WHO); 1977–1984 im öffentlichen Gesundheitswesen der USA tätig, seit 1984 mit Forschungen zu AIDS befaßt.

Dr. Dr. Etienne-Richard Mbaya, geb. 1940, Professor am Seminar für Staatsphilosophie und Rechtspolitik der Universität Köln, befaßt sich hauptsächlich mit Fragen des internationalen Menschenrechtsschutzes.

Martina Palm-Risse, geb. 1958, ist Juristin und arbeitet am Institut für Völkerrecht der Universität Bonn.

Dr. Arcot Ramachandran, geb. 1923, ist seit 1978 Exekutivdirektor des Zentrums der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen im Range eines Untergeneralsekretärs; zuvor in Indien an mehreren wissenschaftlichen Einrichtungen tätig.

Ansgar Skriver, Dipl.-Volkswirt, geb. 1934, ist politischer Redakteur beim Westdeutschen Rundfunk in Köln. 1981–1985 Korrespondent (Hörfunk) von WDR und NDR am Sitz der Vereinten Nationen.



Ihre Besorgnis darüber, »daß Millionen Menschen nicht das Recht auf menschenwürdiges Wohnen genießen«, hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 4. Dezember 1986 in ihrer Resolution 41/146 zum Ausdruck gebracht. Tatsächlich ist ein Viertel der Weltbevölkerung betroffen: Über eine Milliarde Menschen sind entweder obdachlos oder leben in äußerst dürtigen Behausungen und unter unhygienischen Verhältnissen. Etwa 100 Millionen Menschen haben überhaupt kein Dach über dem Kopf — sie schlafen auf den Straßen, unter Brücken, auf verlassenen Grundstücken, in unbenutzten Durchgängen und Toreinfahrten. Schätzungen zufolge leben und schlafen beispielsweise in Lateinamerika 20 Millionen Kinder und Jugendliche auf der Straße. Doch auch die Industrieländer sind von diesem Problem nicht verschont. Großbritannien meldet 250 000 Obdachlose, und in den Vereinigten Staaten wird ihre Zahl auf 2,5 Millionen geschätzt.

Augenfälligstes Symptom der Unzulänglichkeiten von Unterkunft und öffentlichen Diensten sind die Elendsviertel und »wildes« Siedlungen in den Städten und die verfallenden Hütten in den ländlichen Regionen. Dieses Bild bietet sich trotz der verstärkten Bemühungen der Regierungen und der internationalen Gemeinschaft seit der 1976 in Vancouver abgehaltenen Konferenz der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (HABITAT). Das Internationale Jahr zur Beschaffung von Unterkünften für Obdachlose gibt den Regierungen Gelegenheit, Erreichtes zu beurteilen, Mängel zu identifizieren und neue Ansätze zur Versorgung der Armen mit Obdach und Infrastruktur hervorzuheben. Der Zweck des Internationalen Jahres — die Bereitstellung von angemessener Unterkunft und Dienstleistungen für alle Armen — stellt in der Tat eine bedeutende Herausforderung dar und erfordert für ihre Umsetzung eine Erneuerung der politischen Verpflichtung auf dieses Ziel. Es sind diese Herausforderungen, denen sich die Entwicklungsländer gegenübersehen:

- Ein beträchtliches Wachstum von Kapazität und Produktivität muß im öffentlichen, privaten und informellen Wirtschaftssektor sichergestellt werden, damit eine vernünftige Versorgung mit Unterkünften und öffentlichen Einrichtungen gewährleistet werden kann, deren Umfang mit den Bedürfnissen der Armen in Einklang steht und deren Kosten von ihnen getragen werden können.
- Die Kaufkraft der Armen muß durch die Schaffung von Verdienstmöglichkeiten und durch unkonventionelle Finanzierungsprogramme gesteigert werden.

- Die Notwendigkeit, sich als Squatter niederzulassen, muß durch innovative Maßnahmen besonders hinsichtlich des Zugangs zu Land beseitigt werden.
- Die bestehenden Elendsquartiere der Städte und die ärmlichen ländlichen Ansiedlungen müssen saniert werden durch die Schaffung alternativer Wohnplätze und die Entlastung jener Siedlungen, die überfüllt sind oder in Gebieten liegen, die entweder von Naturkatastrophen heimgesucht werden oder auf andere Weise zur Besiedlung ungeeignet erscheinen.

Erste Ergebnisse des Obdachlosenjahres

Der Drei-Stufen-Plan für das Internationale Jahr zur Beschaffung von Unterkünften für Obdachlose ermöglichte den Regierungen wie auch der internationalen Gemeinschaft eine angemessene Vorbereitungsfrist während der Jahre 1983 bis 1986. In dieser Zeit entwickelte das Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (UNCHS/Habitat) — finanziell unterstützt durch freiwillige Beiträge der Regierungen — eine Vielzahl von Aktivitäten, um die Länderprogramme für das Internationale Jahr zu fördern und ihnen Impulse zu geben. Neben der Bereitstellung von Informationsmaterialien zum IYSH und der Herausgabe von IYSH-Projektrichtlinien, Aktionsanleitungen, Projektbeschreibungen und des »IYSH Bulletin« führte das UNCHS zwei größere Vorhaben zur Unterstützung der Regierungen durch: zum einen waren dies zehn 1985 und 1986 auf regionaler Ebene abgehaltene Konferenzen für Entscheidungsträger zu zentralen Themen des Internationalen Jahres, zum anderen betreute es eine Studie über die Verknüpfung zwischen Unterkunft, Siedlungswesen und wirtschaftlicher Entwicklung. Ferner unterstützte das UNCHS durch sein Programm der Technischen Zusammenarbeit 85 Staaten bei der Planung und Durchführung von Projekten. Eine Reihe regionaler Foren und ein weltweites Forum der Nichtregierungsorganisationen wurden durchgeführt, um Aktionen dieser Organisationen zum IYSH zu fördern.

Das Programm des Internationalen Obdachlosenjahres hat überall positive Aufnahme gefunden. Anfang 1987 waren 139 Regierungen sowie zahlreiche Organisationen und Organe des Verbandes der Vereinten Nationen sowie internationale, zwischenstaatliche und Nichtregierungsorganisationen aktiv an diesem Programm beteiligt und erbrachten beträchtliche Leistungen bei seiner Durchführung. Auf der ganzen Welt waren mehr als 600 Projekte für das IYSH vorgesehen, die nicht nur die rein äußerlichen Aspekte von Obdach und Versorgungsleistungen, sondern auch die entwicklungsfördernden Funktionen in den Bereichen Gesetzgebung, Finanzierung, Management, institutionelle Vorkehrungen, Information und Forschung umfaßten. Diese Projekte, so läßt sich jetzt schon festhalten, konnten die Wohnbedingungen vieler Millionen Familien in den verschiedenen Weltregionen verbessern.

Das höchste Ziel des IYSH, nämlich die Verbesserung der Unterkunfts- und Versorgungsbedingungen für alle Armen und Benachteiligten, bedarf der Vorbereitung und Durchführung überarbeiteter oder neuer Strategien, die sich auf nationale wie auch weltweite Erfahrungen während der ersten Phase oder auf eine beträchtliche Steigerung der bereits für erfolgreich befundenen Programme gründen. Von mehr als 30 Regierungen gingen Berichte zum jeweiligen Stand der Überprüfung der Siedlungspolitik oder der Vorbereitung neuer Wohnungspolitiken ein. Außerdem konzentrieren sich viele Länder, die bereits umfassende Erfahrungen bei der Durchführung der staatlichen Wohnungspolitik gesammelt haben, darauf, spezifische Unzulänglichkeiten zu beseitigen, und erweitern ihren Programmkatalog um eine Mischung von herkömmlichen öffentlichen Wohnungsbauprogrammen und Maßnahmen zur Förderung der Selbsthilfe.

Durch die Erfahrungen der Regierungen und der internationalen Gemeinschaft bei der Umsetzung des Programms des Internationalen Obdachlosenjahres werden bestimmte Aspekte des

Wohn- und Siedlungswesens und seiner Bedeutung für die nationale Entwicklung sehr viel klarer. Kurz zusammengefaßt läßt sich festhalten:

> *Wohn- und Siedlungsstrategien erfordern die Koordinierung multisektoraler Eingangsleistungen.*

Benötigt wird eine interdisziplinäre Aufgabenstellung für den Planungsapparat der einzelnen Regierungen. Verschiedenste Sektorleistungen müssen so koordiniert werden, daß sie ein wirksames Paket von Unterkunftsbeschaffungsmaßnahmen erbringen. Das Spektrum reicht von gesamtstaatlichen Gegebenheiten, die die übergreifenden Rahmenbedingungen schaffen, innerhalb derer sich Siedlungen entwickeln, bis hin zu den spezifischen unmittelbaren und sozialen Bedürfnissen der einzelnen Haushalte. Bei der Vorbereitung nationaler Entwicklungspläne müssen die Potentiale jedes Sektors zugunsten der Versorgung mit Unterkünften und Dienstleistungen erfaßt und mit denen der anderen Sektoren koordiniert werden. In vielen Ländern konnte dies schon verwirklicht werden; zwecks Ausarbeitung nationaler Strategien wurden dort hochrangige interministerielle Ausschüsse gebildet.

> *Wohn- und Siedlungsprogramme tragen zur wirtschaftlichen Entwicklung bei.*

- Programme zum Ausbau von Unterkünften und Infrastruktur sind mit Investitionen in das Baugewerbe verbunden und führen zur Herstellung von Bauteilen, sonstigen Materialien und Gerät; zudem beziehen sie eine Reihe von Industrien sowohl im etablierten als auch im informellen Wirtschaftssektor ein – die meisten von ihnen sind recht arbeitsintensiv. Der Produktionsfaktor Arbeit wird im Bereich der für das Wohnungswesen produzierenden Industrien besonders stark eingesetzt; die Tätigkeiten erfordern meist nur geringe Qualifikationen, so daß sich hier ein nicht unwesentliches Potential zur Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen und Unterbeschäftigten bietet.
- Die Errichtung von Siedlungen und Infrastruktur wirkt sich positiv auf das Sozialprodukt der Entwicklungsländer aus. Der Beitrag des etablierten Sektors der Bauwirtschaft zum Bruttosozialprodukt eines Entwicklungslandes beträgt zwischen 3 und 8vH. Zusätzlich entwickelt sich ein Multiplikatoreffekt: durch Verknüpfung mit anderen Industrien erzeugt das Baugewerbe Werte, die seinen eigenen Beitrag zur Wertschöpfung weit übersteigen.
- Für zahlreiche Verdienstmöglichkeiten im informellen Sektor, die sich sozusagen auf der Mikroebene abspielen – so zum Beispiel die Heimarbeit und solche Dienstleistungen, die sehr vielen Armen ein bescheidenes Einkommen ermöglichen –, ist das Haus der Arbeitsplatz selbst. Verbesserte Wohnmöglichkeiten, die an eine verbesserte Infrastruktur angebunden sind, werden derartige gewinnbringende Betätigungen erleichtern.
- Wohn- und Siedlungsprogramme können größeren Nutzen aus jenen landeseigenen Rohstoffen ziehen, die von den im Wettbewerb stehenden etablierten Industrien entweder nicht vollständig verwendet oder gar nicht benötigt werden, die jedoch für die Produktion von Baumaterialien bestens geeignet sind. Durch die Verwendung dieser Rohstoffe ließe sich der Grad der Abhängigkeit von Materialimporten und der Verbrauch von Devisen verringern.
- In den meisten Ländern könnte man durch vernünftige Wohnungsbaupolitiken und -programme das private Sparpotential mobilisieren; den Armen würde es ermöglichen, vor allem für das so sehr ersehnte Eigenheim oder für Grund und Boden insgesamt doch beträchtliche Ersparnisse anzusammeln.

Strategien zur Unterstützung örtlicher Ansätze

Der Bedarf an Wohnungen und Infrastruktur ist so groß, daß die Regierungen – allen voran die der Entwicklungsländer – ein-

UNICEF: Nun seid mal schön objektiv

Der Fernseh-Star Joachim Fuchsberger ist dem Deutschen Komitee für UNICEF nur deshalb als werbender »Botschafter« treu geblieben, weil dieses sich öffentlich vom Verhalten des UNICEF-Hauptquartiers in New York gegenüber Boris Becker distanziert hat. »Große Betroffenheit« war beim Deutschen Komitee für UNICEF entstanden, weil das UNICEF Beckers Tätigkeit als Goodwill-Botschafter mit »sofortiger Wirkung« für beendet erklärt hatte, ohne das Deutsche Komitee »vorher zu informieren, geschweige denn zu konsultieren«.

Wenn dem Deutschen Boris Becker etwas geschieht, müssen anscheinend erst die deutschen UNICEF-Leute gefragt werden. Sie loben Becker dafür, daß er die Beschlüsse der UN-Generalversammlung mißachtet, denn sie wissen es besser: seine Weigerung, dem UNO-Sportboykott gegen Südafrika zu folgen, »entspricht ganz dem UNICEF-Grundsatz, sich aus der Politik herauszuhalten«. Die Apartheid lehne er eindeutig ab. Das Waffenembargo gegen Südafrika von 1977 hat die Bundesregierung in der UNO mitgeschlossen, die Lieferung von U-Boot-Blaupausen scheint trotzdem als läbliche Sünde betrachtet zu werden. Selbstverständlich lehnen alle die Apartheid ab.

Von Becker war verlangt worden, daß er schriftlich erklärt, er werde nie mehr in Südafrika spielen, solange in diesem Land Apartheid praktiziert wird. Becker betrachtete das Ansinnen als »Ultimatum« und schrieb dem UN-Generalsekretär: »Sir, ich werde in diesem Jahr 20 Jahre alt. Ich bin ein guter Tennisprofi, aber ich glaube, daß ich zu jung bin, um in die Politik einzutreten.«

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen muß sich einen gravierenden Fehler anrechnen lassen. Als man die Popularität des zweimaligen Wimbledoniesiegers 1986 auch für eine gute Sache zu Geld machen wollte, war übersehen worden, daß Boris Becker 1983 mit einer Junioren-Mannschaft des Deutschen Tennis-Bundes und 1984 bei den Offenen Meisterschaften in Südafrika gespielt hatte und dadurch in das »Register für Sportkontakte mit Südafrika« des UN-Zentrums gegen Apartheid geraten war. Anscheinend war dem UNICEF der Fall Ivan Lendlis aus der Tschechoslowakei entgangen, der 1983 am »Ersten Millionen-Dollar-Tennis-Ereignis« im Vergnügungszentrum »Sun City« des südafrikanischen Homelands Bophuthatswana teilgenommen hatte, dafür ein Jahr lang vom Tennisverband der CSSR gesperrt und mit einer hohen Geldstrafe belegt worden war. Nach einer Entschuldigung und dem Versprechen, einen solchen Fehler künftig nicht mehr zu begehen, war Lendlis Name aus dem Register getilgt worden.

Das UNICEF ist durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen 1946 als Internationale Kindernothilfe gegründet worden, um Kindern in kriegsverwüsteten Ländern zu helfen. Damals hat vermutlich niemand den Einwand erhoben, eine Stellungnahme gegen Nationalsozialisten und Faschisten als Verursacher von Kriegsleiden sei unzulässig »politisch«. 1953 änderte die Generalversammlung den Namen in UNICEF und wies die Aufgabe zu, besonders in Entwicklungsländern Gesundheits- und Sozialdienste für Kinder zu leisten. Dieselbe Generalversammlung hat am 17. Dezember 1981 »diejenigen Sportverbände, Sportler und Sportveranstalter, die unter Verletzung der Resolutionen der Generalversammlung wie auch der Internationalen Erklärung gegen Apartheid im Sport mit Südafrika kollaboriert haben«, verurteilt.

Angesichts solch eindeutiger Beschlüsse erscheinen Kommentare zum Fall Boris Becker in der deutschen Presse als etwas seltsam, wonach die Unterorganisationen der Vereinten Nationen eben auch politisierte Bürokratien seien, die zuweilen ihren wahren Auftrag vergessen. Das UNICEF ist ein Spezialorgan der Vereinten Nationen. Sollte der wahre Auftrag des Weltkindernhilfswerks darin bestehen, Beschlüsse seiner Träger schlicht zu mißachten?

Überlassen wir das UNICEF der Peinlichkeit des durch Unachtsamkeit selbstverschuldeten Dilemmas. Politisch gewichtig und interessant ist in diesem Zusammenhang die Position des Deutschen Komitees für UNICEF, dessen Vorsitzende Marie-Elisabeth Klee auf der letzten Mitgliederversammlung sich zur »Wahrung des Grundprinzips der Neutralität« für das UNICEF bekannt hat, und zwar der Neutralität implizit auch gegenüber der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Kann es Neutralität gegenüber der in der UN-Charta beschlossenen Zusammenarbeit geben, um die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen?

Daß die Rettung von Kindern nicht unpolitisch sein kann, beweist die von Frau Klee selbst positiv bewertete UNICEF-Studie »Anpassung mit menschlichem Gesicht«, die aus praktischen Erfahrungen in Afrika eminent politische Forderungen an IMF und Weltbank abgeleitet hat. Doch die Vorsitzende des Deutschen UNICEF-Komitees nennt diese Politik, die manchen Prinzipienwahrern strikter Neutralität keineswegs geheuer ist, Aufgeschlossenheit: »Bewußte Nichteinmischung in die Politik führt zu besonderer Aufgeschlossenheit.« Wer im Namen des UNICEF aufträte, müsse – wie beim Roten Kreuz – seine persönliche Überzeugung zurückstellen und dürfe keine politische Stellungnahme abgeben. »Die Politisierung nimmt uns die Glaubwürdigkeit, weil wir dann nicht mehr objektiv sein können.« So wird deutsche UNICEF-Politik gemacht, schön »objektiv. Niemals neutral will das Deutsche Komitee für UNICEF gegenüber dem Leiden von hilflosen Kindern und ihren Müttern sein. Wie jedoch will man sich gegenüber dessen Verursachern verhalten? Auch neutral? Ansgar Skriver □

fach nicht in der Lage sind, sämtliche notwendigen Ressourcen für den substantiellen Ausbau ihrer einschlägigen Programme herbeizuschaffen. Durch interne wie externe Faktoren äußerst bedrohlich geworden, trifft die Mittelknappheit im Staatshaushalt neben den anderen Sektoren auch das Wohnungswesen. Den Regierungen stellt sich daher die Aufgabe, in diesem Sektor selbst zusätzliche Ressourcen zu erschließen. Bei den Bemühungen um die Versorgung mit Unterkünften und Infrastruktur gelingt vielen Entwicklungsländern die Mehrung der Zahl der Wohneinheiten dadurch, daß sie die Anstrengungen der Menschen, sich selbst ein Obdach zu schaffen, fördern. In fast jedem Entwicklungsland konnten die Armen ihre Fähigkeit unter Beweis stellen, sich selbst Unterkünfte zu bauen, sobald sie nur mit den nötigen Materialien versehen wurden; dieser Faktor ist die Grundlage der neuen Strategien.

Die Regierungen gehen weithin dazu über, ein Paket von unterstützenden Maßnahmen anzubieten, bei denen sie nicht mehr selbst aktiv den Bau von Wohnungen für die breite Bevölkerung vornehmen, sondern vielmehr ihre Mittel darauf verwenden,

Hemmnisse bei der Beschaffung von Land und der Finanzierung, bei Infrastruktur und öffentlichen Diensten, bei der Produktion von Baumaterialien und bei den institutionellen Vorkehrungen aus dem Wege zu räumen. Derartige Unterstützungsstrategien werden wohl nicht nur bei den einzelnen Familien und in den Gemeinden, sondern auch bei einer Vielzahl von Produzenten und Zulieferbetrieben im privatwirtschaftlichen Sektor positive Reaktionen auslösen. Die Mitwirkung der Bevölkerung ist der institutionelle Ansatz, den viele Entwicklungsländer gewählt haben, um die Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Geschicklichkeit und Energie direkt für den Bau von Unterkünften einzusetzen. Die Einbeziehung der örtlichen Bevölkerung schon in den Planungsphasen der Programme und Projekte hat zur Ausführung von Projekten geführt, die den Bedürfnissen der Menschen vor Ort voll entsprechen. Eine möglichst effektive Beteiligung der örtlichen Gemeinschaft erfordert jedoch eine ausreichende Dezentralisierung von Macht, Verantwortung und Ressourcen – weg von der jeweiligen Zentralregierung, hin zu den lokalen Verwaltungen.

AIDS: Vorbeugung und Eindämmung

Die Globale Strategie der WHO

JONATHAN MANN

Ihre Fähigkeit, neue oder gar erst heraufdämmende Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft aufzugreifen, haben die Vereinten Nationen immer wieder unter Beweis gestellt – selbst wenn ihnen oft genug die (politischen und finanziellen) Mittel fehlten, die Probleme auch zu lösen. Erinnerung sei nur an die Serie der großen Weltkonferenzen der siebziger Jahre, die sich etwa mit Fragen der Umwelt oder der Bevölkerungsentwicklung befaßten. Völlig unerwartet stellt sich seit einigen Jahren ein Problem, dessen Ausmaß Staaten und Menschen erst in jüngster Zeit so recht bewußt wurde: AIDS, die erworbene Immunschwäche (Acquired Immunodeficiency Syndrome). Die zuständige Fachorganisation des Verbandes der Vereinten Nationen, die Weltgesundheitsorganisation (WHO), hat in diesem Jahr mit ihrem »AIDS-Sonderprogramm« geantwortet; die UN-Generalsammlung hat im Oktober 1987 im Plenum die internationalen Dimensionen der Pandemie erörtert und in ihrer Resolution 42/8 (Text: S.216 dieser Ausgabe) die Führungsrolle der WHO beim »dringend gebotenen weltweiten Kampf gegen AIDS« bestätigt.

Mittlerweile wird AIDS als weltweites Problem wahrgenommen. Schätzungsweise fünf bis zehn Millionen Menschen auf der ganzen Welt sind gegenwärtig mit dem menschlichen Immunschwächevirus (Human Immunodeficiency Virus, HIV) infiziert. Zumindest bis zu einem gewissen Grade kann die Ansteckung mit dem HIV faktisch in jedem Land der Erde erfolgen. Anfang Dezember 1987 waren der Weltgesundheitsorganisation 71 751 AIDS-Fälle aus 127 Staaten und Territorien gemeldet. Ein globales Problem dieser Größenordnung erfordert konsequenterweise eine globale Reaktion. Da der WHO die Verantwortung für Steuerung und Koordinierung des internationalen Gesundheitswesens obliegt, wurde ihr auch das Mandat für den weltweiten Kampf gegen AIDS übertragen. So kündigte der Generaldirektor der WHO, Dr. Halfdan Mahler, im November 1986 an, daß sich die WHO der internationalen AIDS-Bekämpfung mit derselben Energie und demselben Engagement zuwenden werde, die die weltweite Strategie zur Ausrottung der Pocken begleitet hatten. Am 1. Februar 1987 wurde das AIDS-Sonderprogramm der WHO (Special Programme on AIDS, SPA) als Wegbereiter und Instrument der Globalen AIDS-Strategie (Global AIDS Strategy) ins Leben gerufen. Auf der letzten Weltgesundheitsversammlung, ihrer 40. Hauptversammlung, erklärte die Weltgesundheitsorganisation im Mai dieses Jahres AIDS

zum »globalen Notstand« und billigte SPA wie Globale Strategie. Das SPA hat diese Strategie entwickelt, die notwendigen Mittel zu ihrer Durchführung aufzubringen geholfen und dafür die Unterstützung aller Nationen eingeholt.

Grundlegende Erkenntnisse

Obwohl die internationale Problemlage in Sachen HIV ständigem Wandel unterliegt, herrscht über mehrere grundlegende Erkenntnisse Übereinstimmung:

- Die HIV-Infektion ist ein Gesundheitsproblem von internationalem Belang.
- Die Ansteckung mit dem HIV ist ein negativer Gesundheitstatbestand mit tiefgreifender Bedeutung für die betroffene Person, ihre Familie und die Gesellschaft.
- HIV-Infektionen bedrohen die ohnehin mageren Resultate, die in einigen Teilen der Welt im Gesundheitswesen zu erwarten stehen.
- Es ist unwahrscheinlich, daß im Laufe der nächsten Jahre Impfstoffe oder auf breiter Front anwendbare Therapien entwickelt werden können.
- Die Verbreitung des Virus kann auch ohne Impfung aufgehalten werden.
- Der Schlüssel für die AIDS-Vorbeugung und -Kontrolle ist die Aufklärung.
- AIDS-Vorbeugung und -Kontrolle erfordern ständige, langfristige Bemühungen und entsprechendes Engagement.
- Programme zur AIDS-Vorbeugung und -Kontrolle müssen in das System der Basisgesundheitsdienste einbezogen werden.
- Wirksame Programme zur AIDS-Vorbeugung und -Kontrolle werden der Volksgesundheit zugute kommen und die Kapazitäten des Gesundheitswesens auch weit über das Problem AIDS hinaus ausweiten.

Zielsetzungen

Die Globale AIDS-Strategie hat drei bedeutende Ziele:

- > die Verhinderung der Übertragung des HIV;
- > die Betreuung infizierter Personen (um so die Erkrankungshäufigkeit und die Sterblichkeitsrate, die die HIV-Infektion begleiten, zu senken);
- > die Vereinigung aller nationalen und internationalen Bemühungen, AIDS unter Kontrolle zu bringen.